
Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IX
Einführungsliteratur	XV
Erster Abschnitt: Grundlagen	1
A. Begriff und Aufgaben des Zivilprozesses	1
I. Selbsthilfe und Justizgewährungsanspruch	1
II. Die Aufgaben des Erkenntnisverfahrens	1
III. Warum „geht jemand vor Gericht“ und warum tut er das nicht?	3
IV. Einordnung und Rechtsquellen	4
B. Prozessgrundsätze	4
I. Grundsätze betreffend die Aufgabenverteilung zwischen Gericht und Parteien	5
1. Dispositionsgrundsatz	5
a) Einleitung des Verfahrens	5
b) Bindung an den Antrag	5
c) Einlegung von Rechtsmitteln	5
d) Disposition über den Streitgegenstand	6
2. Verhandlungsgrundsatz/Untersuchungsgrundsatz	6
3. Amtsbetrieb	9
II. Grundsätze betreffend die Gestaltung des Verfahrens als „fair trial“	9
1. Grundsatz der Mündlichkeit	9
2. Grundsatz der Unmittelbarkeit	9
3. Grundsatz der Öffentlichkeit des Verfahrens	10
4. Grundsatz des beiderseitigen rechtlichen Gehörs	10
5. Grundsatz der Verfahrenskonzentration	12
C. Grober Überblick über den typischen Gang eines Zivilprozesses in der Praxis	13
Zweiter Abschnitt: Die Zivilgerichtsbarkeit	15
A. Trennung der ordentlichen Gerichtsbarkeit von der Verwaltung	15
B. Die Zulässigkeit des Rechtswegs	16
I. Problemstellung	16
II. Die Zulässigkeit des Gerichtswegs	17
1. Abgrenzung zur Verwaltung	17
2. Behandlung der Unzulässigkeit des Gerichtswegs	18
III. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs	18
1. Ordentliche Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafgerichtsbarkeit)	18
2. Sondergerichte	18
a) Sondergerichte des öffentlichen Rechts	19
b) Sondergerichte des Privatrechts	19
3. Behandlung der Unzulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs	19
IV. Die Zulässigkeit des streitigen Rechtswegs	19
1. Streitiger Rechtsweg	19
2. Außerstreitiger Rechtsweg	20
3. Vollstreckungsverfahren	20
4. Insolvenzverfahren	20
5. Zivilgerichte und Strafgerichte	21
V. Zugehörigkeit zur ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit	21
C. Inländische Gerichtsbarkeit	21
I. Begriff der inländischen Gerichtsbarkeit	21
II. Einschränkungen der inländischen Gerichtsbarkeit (Immunitäten)	21

D. Die ordentlichen Gerichte	22
I. Gerichtsorganisation	22
1. Bezirksgerichte	23
2. Gerichtshöfe erster Instanz (Landesgerichte, HG Wien, ASG Wien)	23
3. Oberlandesgerichte	23
4. Oberster Gerichtshof	24
II. Instanzenzug	24
III. Gerichtsbesetzung	24
1. Gerichtsbesetzung in erster Instanz	24
2. Gerichtsbesetzung in höherer Instanz	25
3. Entscheidungsfindung im Senat	25
4. Fehlerhafte Gerichtsbesetzung	26
IV. Prinzip der festen Geschäftsverteilung	26
E. Die Gerichtspersonen	27
I. Richter	27
1. Berufs- oder Laienrichter?	27
2. Die richterliche Unabhängigkeit	27
3. Justizverwaltung	27
II. Rechtspfleger (Diplomrechtspfleger)	28
III. Geschäftsstelle	28
IV. Unparteilichkeit der gerichtlichen Organe	28
1. Ausschließungsgründe	29
2. Befangenheitsgründe	29
3. Ablehnungsverfahren	30
Dritter Abschnitt: Zuständigkeitsordnung	31
A. Die Zuständigkeit im Allgemeinen	31
B. Die internationale Zuständigkeit	32
I. Begriff der internationalen Zuständigkeit	32
II. Die Grenzen der internationalen Zuständigkeit	32
III. Ordination (§ 28 JN)	33
IV. Prüfung der internationalen Zuständigkeit	34
1. Prüfung nach dem autonomen österreichischen Recht	34
2. Prüfung nach EuGVVO/LGVÜ 2007	35
V. Die internationale Zuständigkeit nach EuGVVO, LGVÜ 2007 und Brüssel Iib-VO	36
1. Entwicklung	36
2. Anwendungsbereich	37
a) Sachlicher Anwendungsbereich	37
b) Räumlich-personeller Anwendungsbereich	37
3. Allgemeine Zuständigkeit und besondere Zuständigkeiten nach den Verordnungen und Übereinkommen	39
a) Das Zuständigkeitssystem von EuGVVO 2012 und LGVÜ 2007	39
b) Das Zuständigkeitssystem der Brüssel Iib-VO	41
C. Die sachliche Zuständigkeit	41
I. Der Begriff der sachlichen Zuständigkeit	41
II. Die sachliche Zuständigkeit der verschiedenen Gerichtstypen	42
1. Zuständigkeit der (allgemeinen) Bezirksgerichte	42
2. Zuständigkeit der (allgemeinen) Landesgerichte	42
3. Zuständigkeit der Handelsgerichte und Bezirksgerichte für bzw in Handelssachen	42
4. Zuständigkeit der Arbeits- und Sozialgerichte	43

III. Streitwertberechnung	43
1. Bedeutung des Streitwerts	43
2. Maßgeblicher Zeitpunkt	43
3. Feststellung der Höhe des Streitwerts	43
D. Die örtliche Zuständigkeit	44
I. Der Begriff der örtlichen Zuständigkeit (Gerichtsstand)	44
1. Der allgemeine Gerichtsstand	44
2. Die besonderen Gerichtsstände	45
II. Delegation	46
1. Delegation im engeren Sinn	46
2. Zuständigkeitsübertragung durch das angerufene Gericht	46
E. Die Zuständigkeitsvereinbarung (Prorogation)	46
F. Die Zuständigkeitsprüfung und die Folgen der Unzuständigkeit	48
I. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit im erstinstanzlichen Verfahren	48
1. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit	48
2. Die Überweisung an das nicht offenbar unzuständige Gericht auf Antrag des Klägers	49
a) Überweisungsantrag nach § 230a ZPO	49
b) Überweisungsantrag nach § 261 Abs 6 ZPO	49
II. Die Wahrnehmung der Unzuständigkeit im Rechtsmittelverfahren	50
G. Die Entscheidung über die Zuständigkeit	50
I. Die Entscheidungsgrundlagen	50
II. Der maßgebliche Zeitpunkt	50
III. Form und Anfechtbarkeit der Entscheidung	51
H. Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten	51
Vierter Abschnitt: Die Prozessparteien	53
A. Der Parteibegriff	53
B. Die Bestimmung der Parteien	53
I. Bezeichnung der Parteien in der Klage	53
II. Fehler bei der Bestimmung der Partei	54
1. Unrichtige Parteibezeichnung	54
2. Zustellung der Klage an eine falsche Person	54
a) Zustellung an eine Person, die nach dem Inhalt der Klage nicht als Beklagter gemeint sein kann	55
b) Zustellung an eine Person, die nach dem Inhalt der Klage als Beklagter gemeint sein kann	55
C. Prozessstandschaft und Amtsparteien	55
I. Prozessstandschaft	55
II. Zur gesetzlichen Prozessstandschaft und Amtspartei	56
III. „Sammelklagen“	56
D. Parteimehrheit (Streitgenossenschaft)	57
I. Begriff der Streitgenossenschaft	57
II. Arten von Streitgenossenschaften	57
1. Übersicht	57
2. Einfache Streitgenossenschaft (§ 11 ZPO)	58
a) Materielle Streitgenossenschaft (§ 11 Z 1 ZPO)	58
b) Formelle Streitgenossenschaft (§ 11 Z 2 ZPO)	58
3. Einheitliche Streitpartei (§ 14 ZPO)	58
III. Die prozessualen Wirkungen von Streitgenossenschaften	59
1. Wirkungen der einfachen Streitgenossenschaft	59
2. Wirkungen der einheitlichen Streitpartei	59

E. Parteiwechsel und Parteibeitritt	59
I. Begriffe	59
II. Die Zulässigkeit des Parteiwechsels	60
1. Gesamt-(Universal-)rechtsnachfolge	60
2. Sonstige Fälle des Parteiwechsels (Insolvenz, Einzelrechtsnachfolge)	60
F. Nebenintervention	61
I. Begriff und Arten	61
II. Die Voraussetzungen der Nebenintervention	61
III. Beitrittsverfahren	62
IV. Die prozessuale Stellung des Nebenintervenienten	62
1. Die Stellung des einfachen Nebenintervenienten	63
2. Die Stellung des streitgenössischen Nebenintervenienten	63
3. Die Stellung des Untermieters im Kündigungs- und Räumungsverfahren gegen den Hauptmieter	63
V. Hauptintervention („Einmischungsklage“, § 16 ZPO)	64
G. Streitverkündung	64
I. Begriff und Zweck	65
II. Form und Wirkung	65
III. Auktorbenennung	65
H. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	66
I. Parteifähigkeit	66
II. Prozessfähigkeit	66
III. Die prozessuale Behandlung der fehlenden Partei- und Prozessfähigkeit	67
I. Postulationsfähigkeit und Vertretung im Prozess	68
I. Postulationsfähigkeit	68
II. Vertretung im Prozess	68
1. Notwendigkeit und Zulässigkeit der Vertretung; Anwaltpflicht	68
a) Absolute Anwaltpflicht	68
b) Relative Anwaltpflicht	69
c) Gewillkürte Vertretung in Verfahren ohne Anwaltpflicht	69
2. Voraussetzungen für die Ausübung der Rechtsanwaltschaft	69
a) Nationale Regeln in Österreich für den Zugang zur Rechtsanwaltschaft und die Berufsausübung	69
b) Europa	69
3. Voraussetzungen und Wirkungen der Vertretung; Umfang der Vollmacht	70
4. Nachweis der Bevollmächtigung	71
5. Erlöschen der Vollmacht	71
6. Behandlung der Vertretung im Prozess	72
7. Die Folgen eines Mangels der Vertretungsmacht	72
a) Vorläufige Zulassung als Bevollmächtigter (§ 38 ZPO)	72
b) Wahrnehmung des Mangels der Bevollmächtigung im Prozess	72
Fünfter Abschnitt: Die Klage	73
A. Funktion der Klage	73
B. Die Klagearten	74
I. Leistungsklage	75
1. Leistungsklage im engeren Sinn	75
2. Duldungsklage	75
3. Unterlassungsklage	75

II. Feststellungsklage	76
1. Feststellungsfähiges Recht oder Rechtsverhältnis	76
2. Rechtliches Interesse	77
3. Bedeutung der Feststellungsklage	78
4. Zwischenantrag auf Feststellung	78
III. Rechtsgestaltungsklage	79
1. Funktion der Rechtsgestaltungsklage	79
2. Arten von Rechtsgestaltungsklagen	79
C. Klagenhäufung	80
I. Begriff und Arten	80
II. Voraussetzungen der objektiven Klagenhäufung	80
III. Arten der objektiven Klagenhäufung	81
1. Kumulative Klagenhäufung	81
2. Eventualklagenhäufung	81
3. Alternative Klagenhäufung	81
IV. Verbindung und Trennung von Verfahren (§§ 187, 188 ZPO)	82
D. Widerklage	82
I. Die Widerklage im österreichischen Recht	82
1. Die Voraussetzungen der Widerklage	82
2. Die Bedeutung der Widerklage	83
3. Unterschiede der Widerklage zur Geltendmachung einer Gegenforderung mittels Aufrechnungseinwendung	83
4. Die Widerklage nach Art 8 Nr 3 EuGVVO 2012 bzw Art 6 Nr 3 LGVÜ 2007	84
E. Inhalt und Bestimmtheit der Klage	84
I. Inhalt der Klage	84
II. Klageerzählung und Schlüssigkeit	84
III. Bestimmtes Begehren	85
1. Bestimmtheitsgebot	85
2. Bedingungsfeindlichkeit	85
3. Ausnahmen vom Bestimmtheitserfordernis	85
F. Die Klageerhebung	86
I. Gerichtsanhängigkeit	86
1. Prozessrechtliche Wirkungen der Gerichtsanhängigkeit	86
2. Materiellrechtliche Wirkungen der Gerichtsanhängigkeit	86
II. Die Prüfung der Klage durch das Gericht	87
1. Zuständigkeitsprüfung	87
2. Die Prüfung der übrigen Prozessvoraussetzungen	87
3. Die Prüfung der Form- und Inhaltsvorschriften der Klage	87
III. Das weitere Vorverfahren	87
IV. Zustellung der Klage an den Beklagten	88
V. Die Streitanhängigkeit	89
1. Prozessuale Wirkungen der Streitanhängigkeit	89
2. Die Streitanhängigkeit als Prozesshindernis	89
a) Negative Prozessvoraussetzung	89
b) Identität der Parteien und des Streitgegenstandes	89
c) Streitanhängigkeit bei Aufrechnungseinwendung	90
d) Internationale Streitanhängigkeit	90
3. Materiellrechtliche Folgen der Streitanhängigkeit	91

Inhaltsverzeichnis

G. Die Prüfung der Prozessvoraussetzungen	91
I. Der Begriff der Prozessvoraussetzung	91
II. Positive und negative Prozessvoraussetzungen	91
1. Positive Prozessvoraussetzungen	91
2. Negative Prozessvoraussetzungen (Prozesshindernisse)	92
III. Absolute und relative Prozessvoraussetzungen	92
IV. Die prozessuale Behandlung der Prozessvoraussetzungen	93
1. Prüfung von Amts wegen	93
2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Prüfung	93
3. Die Entscheidung über Prozessvoraussetzungen	93
4. Die Rangordnung der Prozessvoraussetzungen und die Reihenfolge der Prüfung	94
H. Der Streitgegenstand	95
I. Die Bedeutung des Streitgegenstandes	95
II. Der Begriff des Streitgegenstandes	95
I. Die Klageänderung	97
I. Änderung des Streitgegenstandes	97
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen für eine Klageänderung	97
III. Form und Auswirkungen der Klageänderung	98
J. Die Veräußerung der streitverfangenen Sache	98
Stichwortverzeichnis	101

Das Streben nach Klarheit und Lesbarkeit veranlasst uns dazu, im Text auf die gleichberechtigte Nennung aller Geschlechter zu verzichten. Sämtliche personenbezogene Hauptwörter beziehen sich gleichermaßen auf die Entsprechungen anderer Geschlechter.